

## Staatsfinanzen

# Hohe Erwartungen

## Die Kommunen, die Krise und die Kassen

VON LAURENT ZEIMET

**Nicht nur die Regierung, auch die Schöffenräte der 116 Gemeinden sind zurzeit mit der Haushaltsplanung für das kommende Jahr beschäftigt. Die Kommunen sollen durch Investitionen die Konjunktur stützen, müssen sich aber gleichzeitig auf Einbußen bei ihren Einnahmen einstellen.**

Die Handelskammer rechnet in ihrem Gutachten zum Staatsbudget vor, dass die Ausgaben der 116 Kommunen immerhin 5,4 Prozent des Bruttoinlandprodukts ausmachen. „Die Gemeinden spielen eine kruziale Rolle bei den öffentlichen Investitionen.“

In Zeiten einer schwachen Konjunktur empfiehlt die Handelskammer, Staat und Kommunen eine gemeinsame Vorgehensweise, um die Wirtschaft durch gezielte Aufträge zu unterstützen. „Die Gemeinden müssen unbedingt eine hohe Investitionsrate beibehalten“, mahnen die Gutachter. Wie dies bei sinkenden Einnahmen gewährleistet werden soll, wissen die Interessenvertreter auch. Die Kommunen müssten eben ihre Effizienz steigern und ihre laufenden Kosten unter Kontrolle behalten. Die Handelskammer spricht sich für die Territorialreform aus, die viele Fusionen und eine bessere interkommunale Zusammenarbeit zur Folge haben müsste. Während in der Europäischen Union eine Gemeinde durchschnittlich 18 000 Einwohner zähle, seien es im Großherzogtum gerade einmal 4 223. 38 Kommunen zählten gar weniger als 1 500 Seelen. Eine Vereinfachung der Verwaltungswege sei ebenso notwendig wie eine Reform der kommunalen Haushaltsplanung, die sich den Anforderungen des Euro-Stabilitätspakts anpassen müsse.

Auch der Rechnungshof widmete den Kommunen in seinem Gutachten zum Etatentwurf ein

ganzes Kapitel. „In den kommenden Jahren wird sich die Wirtschaftskrise spürbar auf die kommunalen Finanzen auswirken“, stellen die staatlichen Buchprüfer fest. „Die Gemeinden müssen sich ab 2010 auf einen Einbruch auf der Einnahmenseite einstellen.“ Die Rathäuser erhalten ihre Zuwendungen nicht zuletzt über den kommunalen Finanzfonds (FCDF), der unter anderem über die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer gespeist wird.

Die Wirtschaftsflaute wird aber „mit Sicherheit“ für Mindereinnahmen sorgen, so der Rechnungshof. Die Kommunen werden sich daher mehr verschulden müssen, um ihre Vorhaben zu finanzieren.

### Die Schuld an der Schuld

Eine höhere Verschuldung der Gemeinden wird sich dann wieder negativ auf das Defizit und die Gesamtschuld der öffentlichen Finanzen auswirken und der Regierung die Euro-Stabilitätszensur vermiesen. In der Regel mache die Schuld der Gemeinden rund ein Drittel der öffentlichen Schuld (Gemeinden, Staat und Sozialversicherungen) aus. Zwischen 2003 und 2005 stieg der Anteil auf über

44 Prozent. 2008 sind die Kommunen dagegen nur noch für 15,9 Prozent der Gesamtschuld verantwortlich. Diese prozentuale Verschiebung erklärt sich aus dem Anwachsen des Schuldenbergs des Zentralstaats zur Finanzierung der Bankenrettungsaktion.

Im Durchschnitt müssen die Kommunen zwischen drei und 4,3 Prozent ihrer ordentlichen Einnahmen zur Schuldentilgung aufbringen. Das Innenministerium empfiehlt eine Obergrenze von 20 Prozent. Drei Gemeinden haben diese Grenze allerdings im Jahr 2008 durchbrochen. Auf Grundlage der berichtigten Haushalte beziffert der Rechnungshof das Gesamtdefizit der Gemeinden im Jahr 2008 auf 144,97 Millionen Euro. 92 von 116 kommunalen Haushalten weisen ein Defizit aus. Fast alle Gemeinden (110) verfügen über einen Reservefonds. Aber von insgesamt 137,68 Millionen Euro sind 67 Prozent in den Händen der Hauptstadt, Niederanven und Betzdorf. Schon nahezu beleidigt bemängelt der Rechnungshof zum wiederholten Mal, dass das Innenministerium immer noch nicht über verlässliches statistisches Zahlenmaterial verfüge.

ANTEIL DER KOMMUNALEN VERSCHULDUNG AN DER ÖFFENTLICHEN SCHULD (IN %)

Quelle: Statec/Cour des comptes

